

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Für eine faire Bezahlung der KITA-Erzieherinnen und Erziehern

Seit mehr als 20 Jahren wird immer wieder im Land Brandenburg von den politisch Verantwortlichen beteuert, wie wichtig die Kindererziehung, und dass insbesondere die vorschulische KITA-Erziehung und -Bildung in Kindertagesstätten essentiell für den künftigen Bildungserfolg ist. Im Gegensatz zu den ganzen vollmundigen Begründungen und Erklärungen muss man einfach feststellen, dass Brandenburg mittlerweile den schlechtesten KITA-Schlüssel in Deutschland hat, und auch die KITA-Erzieherinnen schlecht bezahlt werden. Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass zwar ein Großteil der Kinder betreut wird, aber unter suboptimalen Bedingungen, nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Erzieher. Letztendlich bleibt das Lernergebnis auf der Strecke, letztendlich sind die Arbeits- und Lebensbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten nicht so, wie sie sein sollten. Dieser Zwiespalt zwischen politischen Versprechen und der Realität muss endlich ein Ende haben. Nicht zuletzt wird das ganze Dilemma durch den Streik der Erzieherinnen und Erzieher, nicht nur bundesweit, sondern auch insbesondere im Land Brandenburg deutlich und aus diesem Grunde muss sich der Landtag Brandenburg endlich zu einer fairen Bezahlung der Kindererzieherinnen bekennen und auch hier den Kommunen entsprechend KITA-Gesetz einen angemessenen Kostenersatz zuweisen.

Es wird in diesem Zusammenhang auf die Bertelsmann-Studie verwiesen, die darauf hinweist, dass das Land Brandenburg ca. 130 Mio. € in die Hand nehmen müsste, um den KITA-Standard nachhaltig zu verbessern. In Ansehung des Landeshaushaltes der entsprechenden Überschüsse und insbesondere geschuldet der Tatsache, dass immer wieder Hunderte von Millionen von Beträgen für das Stopfen von Löchern beim Flughafen Schönefeld da sind, kann es nicht sein, dass bei einem derart wichtigen Thema, wie der frühkindlichen Erziehung derartig gespart wird, dass derartig inakzeptable Zustände herrschen, dass man einen landesweiten KITA-Streik zu verzeichnen hat.

Aus diesem Grunde möge der Landtag Brandenburg beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg spricht sich für eine faire Bezahlung von Erzieherinnen in Kindertagesstätten und Horten aus.
2. Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, unverzüglich einen Bericht über die personelle Situation im KITA- und Hortbereich vorzulegen. Dabei ist insbesondere darzulegen, wie Elterngespräche, Teamsitzungen, Krankheitsvertretungen und Fortbildungen unter Einhaltung des vorhandenen Betreuungsschlüssels abgesichert werden.

3. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, in dem Bericht aufzuzeigen, wie viel Geld pro Jahr aufgewendet werden müsste, um die Kommunen derartig finanziell zu unterstützen und auch auszustatten, um den entsprechenden Qualitätsauftrag aus dem KITA-Gesetz mit einer Verbesserung des KITA-Betreuungsschlüssels für Kinder bis zu drei Jahren auf eins zu drei sowie eine Verbesserung des KITA-Betreuungsschlüssels für Kinder von drei bis sechs Jahren auf eins zu 7,5 zu gewährleisten.

Begründung:

Wie bereits im Antragstext beschrieben, haben wir Zustände, die so nicht weiter akzeptiert werden können. Es gibt sicher große Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen, wo Kommunen einfach mehr Geld in die Hand nehmen, weil sie es sich auch ökonomisch leisten können, aber es gibt auch zahlreiche Kommunen im Land Brandenburg und auch Landkreise, wo die KITA-Betreuung aufgrund der finanziellen Verhältnisse nicht so ausgestaltet werden kann, wie sie ausgestaltet werden müsste.

Insbesondere im Hinblick auf die Benachteiligung im Rahmen der demographischen und ökonomischen Entwicklung im Land Brandenburg ist das nicht hinnehmbar. Es kann nicht sein, dass sich wohlhabende Kommunen mehr leisten können und letztendlich die Kinder und Jugendlichen und Eltern an den Stellen profitieren und andererseits an anderen Stellen im Land Brandenburg, wo aufgrund der räumlichen Lage und der demographischen Entwicklung die ökonomische finanzielle Situation der Kommunen und der KITA-Träger nicht so ist, hier Kinder und Jugendliche benachteiligt werden. Aus diesem Grunde ist es die Verantwortung und Aufgabe des Landes, hier ausgleichend einzuwirken. Insbesondere ist dieser schlechte KITA-Personalschlüssel nicht weiter hinnehmbar und auch die unzureichende Bezahlung von Kindererzieherinnen.

Entweder man misst der Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten und im Hortbereich die entsprechende politische und pädagogische Bedeutung zu, dann muss man auch bereit sein, hier angemessene Gehälter zu bezahlen.

Weil Kommunen das aber unter Umständen nicht können, muss auch das Land Brandenburg ins Obligo gehen, denn die Gesamtverantwortung für die Kindererziehung und für die Bildung trägt nun einmal lt. der Landesverfassung das Land Brandenburg. Aus diesem Grunde fordert der Landtag Brandenburg die Regierung auf, einen entsprechenden Bericht vorzulegen, aus dem die entsprechenden strukturellen Situationen und Unterschiede erkennbar sind und auch Handlungsstränge abzuleiten sind, insbesondere in welche Regionen wie viel Geld durch das Land Brandenburg eingespeist werden muss, um gleichwertige Lebens- und Bildungsverhältnisse zu erreichen.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe